

5

Resolution des Landesparteitages von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

10

Bergbau im Saarland endgültig beenden – Gemeinsam neue Perspektiven für unser Land schaffen!

15 Das stärkste hierzulande vom Bergbau je verursachte Erdbeben hatte am 23. Februar jäh die Ära des Steinkohleabbaus im Saarland beendet. Damit trifft uns eine für viele Menschen seit vielen Jahren erwartete Situation vollkommen unvorbereitet. Jahrelange Untätigkeit bei den Vorbereitungen zur Bewältigung dieser absehbaren Krise, sowie Fehler bei der Gestaltung des Strukturwandels rächen sich jetzt bitter.

20

Gleichwohl sind jetzt alle verantwortlichen politischen Kräfte gefragt, gemeinsam Weichenstellungen vorzunehmen, die das Land in eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft ohne den Bergbau führen.

25 Die saarländischen Grünen betonen, dass in diesem Zusammenhang die Realitätsverweigerung einiger Protagonisten, die für sie möglicherweise zu „kurzfristigen Geländegewinnen“ in der Wählergunst führen sollen, nicht zu einer machbaren Lösung der Probleme beiträgt.

30

Hülzweiler, Reisbach, Falscheid und auch Heusweiler werden bei der jetzt in Angriff genommenen Verlagerung der Abbaufelder zukünftig großen Belastungen ausgesetzt. Die RAG hat ausdrücklich erklärt, dass sie keine Garantie dafür geben kann, dass es zu keinen Schäden mehr kommen wird.

35

Die Landesregierung handelt fahrlässig, wenn sie zulässt, dass an anderer Stelle weiter Kohle abgebaut wird, obwohl bekannt ist, dass auch dort die Gefahr von Erderschütterungen und vor allem von schweren Bergschäden gegeben ist. Wir als Grüne appellieren erneut an die Landesregierung, keine Experimente auf dem Rücken der Bergleute und der Bergbaubetroffenen und von tausenden von anderen Arbeitsplätzen in der Industrie mehr zuzulassen. Statt die Probleme einfach nur um ein paar Kilometer zu verlagern, muss nun endlich der Strukturwandel in Angriff genommen werden. Statt das qualvolle Sterben des Bergbaus jetzt künstlich in die Länge zu ziehen, muss eine klare Marschrichtung zum Strukturwandel her.

40

Fakt ist: Der Bergbau hat in den vergangenen Jahren zu schweren Verwerfungen in unserem Land geführt. Menschen mussten ständige Erderschütterungen und Erdbeben und damit verbunden Angst um Gesundheit und ihr Eigentum hinnehmen. **Spätestens seit dem schweren Beben, bei dem unmittelbar Gesundheit und Wohlergehen von Menschen in ernsthafter Gefahr waren, muss jedem klar sein: Der Bergbau im Saarland muss beendet werden.**

45

50 Um die Folgen des nötigen Förderendes so sozialverträglich wie möglich zu gestalten, müssen gleichermaßen Perspektiven für Bergleute und Bergbaubetroffene geschaffen werden.

Die Grünen Saar werden sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Bergleute und die Betroffenen einsetzen. Sie appellieren an alle Saarländerinnen und Saarländer jetzt nicht mehr zurück, sondern nach vorne zu schauen.

5 Für den notwendigen Ausstieg aus dem Bergbau sind nach Ansicht der Grünen mehrere Maßnahmen notwendig, die von einer breiten Mehrheit aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik getragen werden müssen:

10 **1. Neue Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen schaffen**

Strukturwandel bedeutet nicht, die industriellen Wurzeln des Saarlandes aufzugeben. Deshalb muss es oberste Priorität aller Verantwortlichen sein, **neue Industriearbeitsplätze im Saarland in Branchen zu schaffen, die im Gegensatz zur Kohleförderung eine langfristige wirtschaftliche Perspektive bieten**.
15 Gleichzeitig müssen in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen neue Schwerpunkte gesetzt werden.

Die Landesregierung muss sich deshalb darum bemühen, ansiedlungswilligen Unternehmen im Rahmen eines Masterplans ausreichende Förderung in Form von finanziellen Unterstützungen für die Niederlassung im Saarland, geeigneten Flächen, guten Forschungsbedingungen und einer guten Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.
20

Besonders geeignet zur Schaffung neuer Industriearbeitsplätze erscheint den Grünen der Bereich der erneuerbaren Energien. In den letzten zwei Jahren sind alleine in der ostdeutschen Solarwirtschaft mehr Jobs geschaffen worden als in der Chemieindustrie und Energiewirtschaft zusammen. Insgesamt zählt nach Auskunft des Branchenverbandes BSW die Solarindustrie im Osten derzeit rund 7.200 Beschäftigte sowie weitere 6.300 Arbeitsplätze bei Zulieferern, Handel und Handwerk. Für die kommenden fünf Jahre prognostiziert der Verband über 20.000 neue Industriearbeitsplätze in der Photovoltaikbranche in Deutschland.
25

30 **2. Finanzielle Voraussetzungen für den Strukturwandel schaffen**

Zur Umsetzung des Strukturwandels müssen die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden. Der Bund darf sich nicht auf die Vereinbarungen des so genannten Kohlekompromisses zurückziehen und damit aus der Verantwortung flüchten. Die derzeitige Situation erfordert massive Hilfe seitens des Bundes.
35

Das Bergbauunternehmen erhält aktuell bei etwa 26.000 Beschäftigten jährlich 2,4 Milliarden EURO an Subventionen. Das bedeutet: Pro Mitarbeiter stehen dem Unternehmen knapp 100.000 € im Jahr zur Verfügung. Die Landespolitik muss alle Hebel in Bewegung setzen, um die bisher als Absatzhilfen gewährten Subventionen in Stilllegungssubventionen umzuwidmen, mit der Folge, dass eine Schließung des Bergwerks Saar kaum zusätzlicher Finanzmittel bedarf, um sie sozial abzufedern.
40

Niemand darf sich angesichts dieser Notsituation auf die bisher geltende gesetzliche Regelung berufen, die im Interesse des Landes geändert werden kann. Landes- und Bundesregierung müsse sich zudem bei der Europäischen Union dafür einsetzen, sozialverträgliche Lösungen zu finden und insbesondere über Strukturhilfen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Förderkulissen der EU müssen überdacht und nach Möglichkeit an die Sondersituation angepasst werden
45

50 **3. Soziale Symmetrie erhalten**

Die **Beschäftigten unter Tage**, die weder einen aktuellen Anspruch auf Anpassungsgeld haben, noch zukünftig im Unternehmen weiterbeschäftigt werden können, sollten mit Erreichen des 45. Lebensjahres unbefristet, unter Fortzahlung von 80 v. H. ihres Entgeltes freigestellt werden. Diese Zahlung erfolgt bis zur Fälligkeit des Anpassungsgeldes, also spätestens bis zum 50. Lebensjahr. Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Unternehmen kann die verbleibende Restleistung kapitalisiert werden.
55

Für die Übertagebeschäftigten greifen die herkömmlichen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik. Nach Aussage des Direktors der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Schade, sind aktuell 3.600 freie Stellen, davon 2.000 ganztägige sozialversicherungspflichtige Stellen gemeldet, so dass es mit einer gewissen Anstrengung möglich sei, diesen Kreis in neue Beschäftigung zu überführen. In diesem Zusammenhang ist die Erarbeitung einer Strategie zur gezielten Förderung des Mittelstands gefordert. Gerade die mittelständische Wirtschaft ist außerordentlich wichtig bei der Bewältigung des Strukturwandels. Es müssten Anreize zur Einstellung von ehemaligen Bergbaubeschäftigten gegeben werden.

Die Stilllegung des Bergbaus im Saarland wird über einen längeren Zeitraum noch erhebliche Arbeitsleistung erforderlich machen. Die RAG muss sich ihrer Verantwortung bewusst sein, und möglichst viele qualifizierte Bergleute zu diesen Stillsetzungs- und Sicherungsarbeiten einsetzen.

4. Bergbaubetroffene stützen

Tiefe Sorge bleibt nach wie vor bei den bei den Bergbaubetroffenen. Das Ausmaß der Schäden ist so groß, dass die DSK, bei aller Kraftanstrengung, noch nicht einmal in der Lage ist die gemeldeten Schäden zeitnah zu besichtigen, geschweige denn sie in einem geordneten Verfahren zu bewerten und gar zu reparieren.

So mehren sich die Beschwerden über viel zu lange Wartezeiten. In Fällen, in denen Schadensaufnahmen bereits erfolgt sind, haben Betroffene oftmals den Eindruck, dass man den Schäden andere Ursachen (i. d. R. bauliche Mängel) zuordnen will. Selbst der bauliche Zustand der zerstörten Kirche wurde dieser Tage in einem Leserbrief der SZ in Frage gestellt. So genannte freie, unabhängige Gutachter, die vor Ort erscheinen, entpuppen sich als ehemalige Mitarbeiter des Bergbauunternehmens, so dass auch in diesen Fällen nicht immer mit der gebotenen Neutralität und Fairness schon in der Schadensaufnahme gerechnet werden kann.

Da, was keiner hofft, ein weiteres Beben mit weiteren gravierenden Schäden nicht ausgeschlossen werden kann, und das Bergbauunternehmen bereits heute hoffnungslos überfordert ist, besteht ein dringender Bedarf an einer gegenüber Landesregierung und Unternehmen neutralen Anlaufstelle für Bergbaubetroffene.

Deshalb muss beim Landtag des Saarlandes, zumindest zeitlich befristet, eine Anlauf- und Beratungsstelle für Bergbaubetroffene eingerichtet werden, die ihrerseits auch Beweiserhebungen und Feststellungen vor Ort treffen kann. Die unmittelbare Anbindung an den saarländischen Landtag bringt es mit sich, dass die Bergbaubehörden dieser Stelle gegenüber zur Auskunft und zur Kooperation verpflichtet wären. Die entstehenden Kosten bei Inanspruchnahme könnten mit der DSK verrechnet werden, sie könnten als Bestandteil der Stilllegungskosten mit entsprechenden Subventionen verrechnet werden.

Generell muss gelten: Aktuelle und auch etwaige künftige Schäden müssen schnell und unbürokratisch reguliert werden. Das ist eine der Voraussetzungen dafür, dass in diesem Zusammenhang aufgekeimter sozialer Unfriede wirkungsvoll eingedämmt werden kann.